



PERSONALVERSAMMLUNG

Stinkig auf die Politik

Senator Mäurer steckte stellvertretend die Schelte ein

In Bremens Polizei brodelt es. Unpopuläre Sparentscheidungen, Personalkürzungen, parteipolitisch orientierte Forderungen nach einer Kennzeichnungspflicht, unerträgliche Arbeitsbelastung, verschobene Beförderungstermine, Eigenbeteiligung an der Freien Heilfürsorge und vieles mehr lassen die Polizistenseele überkochen. Wer sich da in die Höhle des Löwen wagt, muss mit Gebrüll und heißem Atem rechnen.

So gesehen war die Teilnahme des Senators für Inneres, Ulrich Mäurer, an der Personalversammlung der Polizei Bremen am Nikolaustag schon mutig. Er kam erst eine gute Stunde nach Veranstaltungsbeginn, sein Terminkalender bescherte ihm zuvor noch eine Senatsitzung, in der über eben jene wütend machenden Themen wie Eigenbeteiligung Freie Heilfürsorge, Absenkung der Eingangsbesoldung und Verlängerung der Lebensarbeitszeit mit Übergangsregelung abgestimmt wurde.

Um es vorwegzunehmen: Eigenbeteiligung und Absenkung der Eingangsbesoldung wurden nicht entschieden. Zum Thema Arbeitsverlängerung allerdings musste man den Worten des Innensensors nur genau zuhören. Ohne es konkret auszusprechen (die hohe Kunst der Politikersprache), ist die Gesetzesvorlage in seiner von uns kritisierten Form wohl vom Senat beschlossen und wird der Bürgerschaft zur Abstimmung vorgelegt.

Verlängerung der Lebensarbeitszeit: Das Wie ist entscheidend

Jeder in der Polizei weiß, dass die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, gemessen an den Entscheidungen im Rentenrecht, unumgänglich ist. Wir wehren uns als Polizisten auch nicht wirklich gegen das Pensionsalter 62.

Es geht um das Wie! Mit Brachialgewalt ohne Rücksicht auf die Schichtdienstjahre der älteren Kolleginnen und Kollegen, eine zeitlich ohne Not erheblich verkürzte Übergangsregelung von nur sechs Jahren ab dem Geburtsjahrgang 1953, das sind unsere Kritikpunkte. Mal wieder gegenüber anderen Bereichen nachteilig abgekoppelt. Warum? Warum diese Eile?



Hatte einen schweren Stand: Senator für Inneres Ulrich Mäurer

Es fing ganz harmlos an

Der Senator hatte in der ersten Stunde noch nicht viel verpasst. Ein nüchterner Rechenschaftsbericht, schwer verständlich manchmal für die nicht in den Themen steckenden Zuhörer, dazu ein wenig trocken vorgetragen, riss es die dieses Mal vielen Teilnehmer noch nicht vom Hocker. Das sollte sich aber noch gewaltig ändern.

Trotzdem, der **Personalratsvorsitzende Harry Kuck** hatte eigentlich schon vieles an Missständen drin, z. B.:

- Das unerträgliche Urteil des BGH in Sachen Rucker (tödlicher Schuss durch eine Tür z. N. eines SEK-Beamten).
- Bekämpfung des rechten und linken Terrors und die damit verbundenen personellen Belastungen.

- Das Skandalthema Revier Horn.
- Vorgangsbearbeitungssystem „Oh wann kommst du“?
- Björn Fecker fordert Kennzeichnungspflicht.
- Abordnung von Personal zu anderen Behörden.
- Häufung von amtsärztlichen Untersuchungen.
- Amtsärztliche Gutachten nur nach Aktenlage ohne die Patienten je zu sehen.
- Fehlendes Personal in BOD-Dienststellen (dann funktioniert BOD nicht!).
- Die Projektflut in der Polizei Bremen (aktuell über 70 Projekte).

Soviele Wortmeldungen wie noch nie

Gerd Rippe als erster mit seiner Wortmeldung am Rednerpult hatte dann auch die Ehre, den während seines Vortrages eintreffenden Innensensor zu begrüßen. Dem Senator blieb keine Zeit zum Aufwärmen. Er musste sich sofort etwas über die Verlogenheit der Bremer Politik anhören.

„Warum müssen Polizisten eigentlich bereits vor der von ihnen erwarteten Straftat ihre Personalien angeben?“

Jörn Schulze zum Thema Kennzeichnungspflicht

„Es kann nicht sein, dass Polizeibeamte jetzt dafür zahlen sollen, dass es keine Personalkürzungen gibt!“

Holger Münch zu den geplanten faktischen Gehaltskürzungen

Bis hierhin musste der Sfi noch nicht unbedingt das Gefühl haben, sich in die Löwengrube gewagt zu haben.

Das sollte sich aber mit den weiteren Redebeiträgen ändern.

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

Jörn Schulze hatte schon deutliche Worte zum Thema Kennzeichnungspflicht gefunden, **Wolfgang Kroll** zur Arbeitsbelastung und dazu, was er an Phrasen nicht mehr hören kann.

Peter Schnaars allerdings holte dann richtig aus. Seine vielen berechtigten Kritikpunkte, in einer beachtlich klaren Sprache vorgetragen, müssen dem Senator eigentlich immer noch in den Ohren klingen. Am Ende gab es für ihn stehenden Applaus. Berechtig!

„Der Senator kann froh sein, dass Polizeibeamte keine Asylbewerber sind, sonst hätte er längst Amnesty International und mehrere Rechtsanwälte am Hals! Und das zu Recht“

Peter Schnaars zum Thema unzumutbare Gebäudeverhältnisse Revier Horn

TERMIN

Redaktionsschluss für die Februar-Ausgabe 2012, Landesjournal Bremen, ist der 9. Januar 2012.

Artikel bitte mailen an:
Ahlersbande@t-online.de



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bremen**

Geschäftsstelle:
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de

Redaktion:
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X

Auch die weiteren Wortmeldungen von **Horst Göbel** (Vors. GdP), **Michael Birkhan**, **Wolfgang Liebert** und **Jörg Kleischmann** dürften den Senator nachdenklich gestimmt haben.

Ein Nikolausgeschenk althergebrachter Art war diese Personalversammlung wahrlich nicht.

Seine Antwort fiel eher zurückhaltend aus. Was blieb ihm übrig, als nochmals auf die finanzielle Schieflage Bremens hinzuweisen, die unpopulären politischen Entscheidungen zumindest ansatzweise zu erklären und zu rechtfertigen und am Ende die, wenn auch verklausulierte, Entscheidung zur Lebensarbeitszeitverlängerung bekanntzugeben.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen glänzten durch Abwesenheit

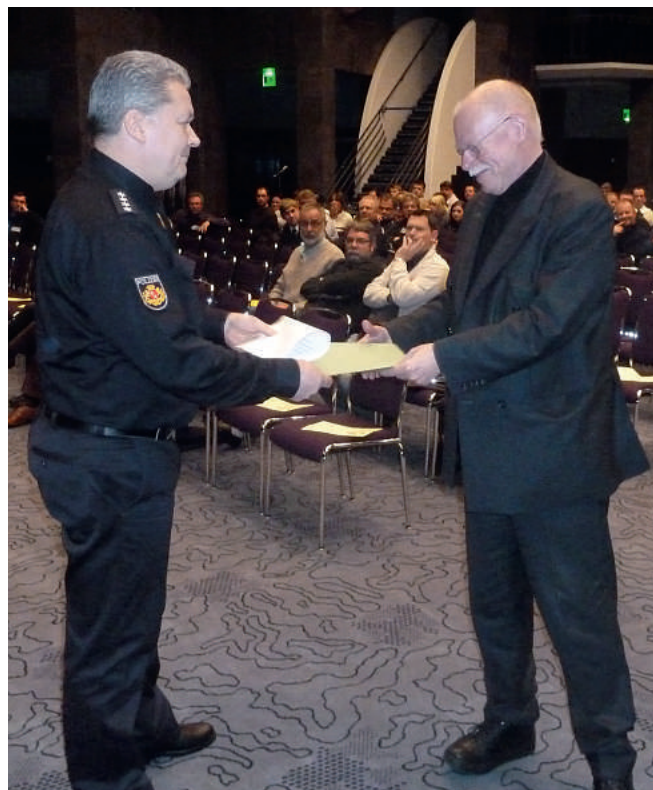
Viele der geäußerten Kritiken gingen eigentlich an die Adresse der Regierungsparteien in Bremen. Diese jedoch schickten keine Vertreter, sie hielten es nicht einmal für nötig, ihr Fernbleiben mitzuteilen und zu entschuldigen.

Weniger Wertschätzung geht nicht.

Herrn Mäurer sehen wir als Gast in seiner Funktion als Innensenator, nicht als Ersatzmann für die beiden Parteien. Er steckte die Schelte ein, die eigentlich auch andere hätten hören müssen.

Einzig **Wilhelm Hiners, Innenpolitischer Sprecher der CDU**, stellte sich der Kritik.

Den anderen Politikern sei gesagt: Man sieht sich immer zweimal im Leben, und Polizei sieht man manchmal häufiger, als einem lieb ist.



Kollege Wolfgang Liebert übergibt eine Resolution der Belegschaft Wache Horn an den Senator für Inneres.

LANDESREDAKTION

Redaktionszeiten 2012

Nachstehend geben wir die Termine für den **Redaktionsschluss** 2012 des Landesjournals Bremen bekannt:
Einsendeschluss für Beiträge

im Monat	ist der:
Februar:	9. Januar 2012
März:	6. Februar 2012
April:	12. März 2012
Mai:	9. April 2012
Juni:	7. Mai 2012
Juli:	11. Juni 2012
August:	9. Juli 2012
September:	13. August 2012
Oktober:	10. September 2012
November:	8. Oktober 2012
Dezember:	12. November 2012
Januar 2013:	3. Dezember 2012

Texte bitte als Word-Dokument mit **automatischem Zeilenumbruch**.
Artikel mailen an:
Ahlersbande@t-online.de.



LANDESVORSTAND

Nikolaustreffen auf dem Weihnachtsmarkt

Die etwas andere Form von Protest

Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen trafen sich am Nikolaustag auf dem Weihnachtsmarkt, um sich vor der Personalversammlung noch einmal auszutauschen. Da zum gleichen Zeitpunkt der Senat im Rathaus über das Dienstrechtspaket abstimmte, nutzten wir die Gelegenheit, um mit ihm ins Gespräch zu kommen.

Bürgermeister Jens Böhrnsen und **Innensenator Ulrich Mäurer** empfingen die Kolleginnen und Kollegen im Treppenhaus des Rathauses.

Im Gespräch mit den Politikern wurde vom Landesvorsitzenden Horst Göbel noch einmal verdeutlicht, dass nach Auffassung der Kolleginnen und Kollegen die Polizeibeschäftigten überproportional belastet werden. Er forderte konkrete Zusagen vonseiten der Politik auf die Absenkung der Eingangsbesoldung und auf die Zuzahlung bei der Freien Heilfürsorge zu verzichten und die Erhöhung der besonderen Altersgrenze



Der Protest richtet sich gegen wenig weihnachtliche „Geschenke“ der Politik.

aus dem Gesetzespaket herauszunehmen. Alle drei Maßnahmen seien in dieser Form ungerecht den Polizeibeschäftigten gegenüber.

Umstehende Kollegen bekräftigten die Aussagen von Horst Göbel und sprachen davon, dass der Dienstherr immer wieder die Vertragsbedingungen ändere, ohne seine Beschäftigten zu fragen. Jens Böhrnsen und Ulrich Mäurer erklärten,

dass die Absenkung der Eingangsbesoldung und die Zuzahlung in der Freien Heilfürsorge nicht mehr beschlossen werde. Die Erhöhung der besonderen Altersgrenze sei eine „Schlacht, die im Rentenrecht geschlagen“ wurde. Man habe sich lange dagegen gewehrt, doch schließlich verloren.

Horst Göbel entgegnete, dass die Polizeibeschäftigten das zur Kenntnis genommen haben. Sie empfänden aber die Ausgestaltung als Ungerechtigkeit. Während es im Rentenrecht sowie in der allgemeinen Verwaltung Ausnahmetatbestände gäbe, seien sie für die Polizei nicht vorgesehen. Von den kurzen Übergangsfristen einmal ganz abgesehen.

Ulrich Mäurer erklärte dazu, dass man über Ausnahmeregelungen noch einmal reden könne. Doch nach seiner Auffassung werde das Gesetzespaket in der jetzigen Form verabschiedet.

Der Landesvorstand

FACHGRUPPE KRIMINALPOLIZEI

Neuer Vorstand und Kandidatenliste Personalrat

Lüder lädt ein und nur wenige gehen hin. Warum sollte es dem Vorsitzenden der Fachgruppe Kriminalpolizei bessergehen als seinen Vorgängern oder den Vorständen anderer Fachgruppen?

Gemessen an GdP-Mitgliedern in der Kriminalpolizei ist die Teilnahme von ca. 35 Kolleginnen und Kollegen gerade noch repräsentativ. Aber was soll er machen, der Beginn war auf 15.00 Uhr festgelegt, Ort die Kantine im Polizeipräsidium, Dauer der Veranstaltung maximal eineinhalb Stunden. Themen: Kandidatenliste für die Personalratswahlen am 14. März 2012 und Wahl eines neuen Fachgruppenvorstandes. Darüber hinaus bestand die Gelegenheit, sich über aktuelle Themen zu informieren und nachzufragen. Schade, dass trotzdem so viele wegblieben. Gut, dass sich die Aktiven in

der GdP davon nicht entmutigen lassen und weiter für unsere Belange argumentieren und kämpfen.

Bleibt zu hoffen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen wenigstens an den Personalratswahlen im nächsten Jahr teilnehmen. Die Kandidaten und der Vorstand haben es verdient, dass man sie zumindest alle vier Jahre unterstützt und sie wählt.

Neuer Fachgruppenvorstand:

Lüder Fasche, K 32 –Vorsitzender –
 Rolf Oehmke, PR – stellv. Vorsitzender –
 Lonio Kuzyk, K 12 – Beisitzer –
 Christine Frister, K 52 – Beisitzerin –
 Jörn Gotter, K 54 – Beisitzer –
 Lutz Jurkschat, S 46 – Beisitzer –
 Rüdiger Kloß, S 41 – Beisitzer –
 Tamer ElMali, K 54 – Beisitzer –
 Egbert Degwitz, K 31/KDD – Beisitzer –

Kandidatenliste Personalrat

1. Rolf Oehmke, Personalrat
2. Lüder Fasche, K 32
3. Lutz Jurkschat, S 46
4. Lonio Kuzyk, K 12
5. Christine Frister, K 52
6. Wolfgang Ahlers, K 22
7. Egbert Degwitz, K 31/KDD
8. Arne Jänisch, K 63
9. Tim Gelineck, SflU
10. Thomas Irmer, K 41
11. Jan Kunze, S 42
12. Peter Varnhorn, S 45
13. Rüdiger Kloß, S 41
14. Kristina Schütze, FP 21
15. Jörn Gotter, K 54

W.A.



Es ist wieder Zeit zu bilanzieren

Vom 26. bis 28. September 2011 führte die Fachgruppe der Bereitschaftspolizei (BP) ihr Seminar in Tossens durch. Die Seminarinhalte waren sehr vielfältig und abwechslungsreich. Aufgrund dessen sahen wir den Anlass gekommen, die Inhalte mit unserer Leitung der BP zu erörtern und insbesondere Ausschnitte des vergangenen Jahres zu bilanzieren.

Bereits während der Tagung sprachen wir über das Polizeigewahrsam (PGW) mit der Erkenntnis, dass der Altersdurchschnitt im PGW offensichtlich relativ hoch ist. Hinzu kommt, dass die Kollegen zukünftig überwiegend bis 67 Jahre ihren Dienst versehen werden. Folglich müssen sich auch „lebensältere“ Kolleginnen und Kollegen um gewalttätige Straftäter kümmern. Auch wenn bislang zum Glück

keine gewalttätigen Übergriffe bekannt sind, sehen sich die Beschäftigten des PGW einer steigenden Belastung insbesondere u. a. durch den Wechselschichtdienst ausgesetzt.

„Alter“ sich das PGW ab?

Nach dem neuen Arbeitsbelastungsindex der Polizei Bremen ist das PGW ebenfalls in einem höher belasteten Bereich kategorisierbar. Daher ist zu prüfen, inwieweit die Idee der altersgerechten Verwendung auch auf das PGW übertragbar ist.

An dieser Stelle ist hinzuzufügen, dass die altersgerechte Verwendung ein richtiger Schritt der Behördenleitung ist, das Personalmanagement der Polizeiorganisation zu modifizieren. Der demografische Wandel unserer Gesellschaft ist bereits heute in der Personalstruktur der Polizei Bremen erkennbar – wir sprechen schon längst nicht mehr von einer Alters-

pyramide, sondern von einem Alterungsprozess. Daher gilt es, die Belastungen der Beschäftigten in allen belasteten Bereichen adäquat zu reduzieren; andernfalls ist es unmöglich, die Arbeitsfähigkeit der Polizeibeschäftigten zu erhalten.

Mittlerweile hat die Polizei Bremen es geschafft, eine neue Führungskräftequalifikation (FQ) zu erstellen. Diese FQ ermöglicht es allen Beschäftigten der Polizei Bremen, sich auf eine Führungsposition bzw. auf eine Entwicklungsstelle zu bewerben. Dazu entwickelte die Polizei Bremen ein Stufenmodell. Zunächst muss eine Führungsprognose vorliegen, die mit einer entsprechenden Beurteilung einhergeht. Anschließend „ranken“ die Direktionen die potenziellen Bewerber/-innen. Je nach den Kapazitäten der Hochschule für Öffentliche Verwaltung (HfÖV) werden schließlich doppelt so viele Bewerber wie vorhandene Plätze zum strukturierten Interview zugelassen. Danach entscheidet die Auswahlkom-

FACHGRUPPE SENIOREN

Termine Januar

Bremerhaven

Dienstag, 10. Januar 2012, 16.00 Uhr, Vereinsheim der Kleingärtner Reuterhamm

Bremen

Donnerstag, 12. Januar 2012, 15.30 Uhr, Grollander Krug

Am Treffen der Senioren in Bremen wird unser Landesbezirksvorsitzender Horst Göbel teilnehmen und aus der aktuellen Gewerkschaftsarbeit mit Blick auf 2012 berichten.

Der Vorstand der Fachgruppe würde sich freuen, Kolleginnen und Kollegen in Bremerhaven und in Bremen begrüßen zu können, die in den letzten Monaten in den Ruhestand gegangen sind. Wir würden uns auch über Kolleginnen und Kollegen freuen, die in absehbarer Zeit in den Ruhestand treten und die Fachgruppe Senioren kennenlernen möchten.

Wolfgang Karzenburg

1952er treffen sich zum 60. Jubiläum

Das Jahrgangstreffen der 1. Polizeihundertschaft, Einstellungsjahrgang 1952, findet am 4. Februar 2012 im Grollander Krug (Hotel Robben, Tel. 04 21 / 51 46 20) statt.

Wir treffen uns um 11.00 Uhr zu einem Sekttempfang und anschließendem gemeinsamen Mittagessen. Nachmittags gibt es Kaffee/Tee und Kuchen.

Anmeldungen bitte bis zum 26. 1. 2012 bei den Kollegen

W. Kaup, Tel. 04 21 / 25 66 08
H. Schwartje, Tel. 04 21 / 62 79 43, oder
K. Winkler, Tel. 0 47 44 / 52 64.

Wir hoffen auf eine rege Beteiligung.

Horst Schwartje

Termine 2012

Bremen

Donnerstag
15.30 Uhr

12. Januar
9. Februar
8. März
12. April
3. Mai (!)
14. Juni

Juli und August ist Sommerpause!

13. September
11. Oktober
8. November

**Grollander Krug
Emslandstr. 30**

Bremerhaven

Dienstag
16.00 Uhr

10. Januar
14. Februar
13. März
10. April
8. Mai
12. Juni

11. September

9. Oktober
13. November

**Vereinsheim der
Kleingärtner
Reuterhamm**

Wir würden uns freuen, wenn 2012 neue Seniorinnen und Senioren an den Treffen in Bremen und Bremerhaven teilnehmen. Hier gibt es die aktuellen Informationen und weitere Hinweise für Senioren. Du bist nicht alleine, sondern immer unter Gleichgesinnten.

Wolfgang Karzenburg



FACHGRUPPE BEREITSCHAFTSPOLIZEI

mission über die konkrete Platzvergabe. Dieses Vorgehen ist ein tragbares Modell und hat das große Problem der Nachwuchsförderung endlich lösen können.

Die Polizei Bremen braucht Perspektiven

Jedoch ist eindeutig anzumerken, dass den Kolleginnen und Kollegen damit lediglich nur **eine** Entwicklungsmöglichkeit geboten wird. Denjenigen ohne FQ-Nachweis bleibt kaum eine Perspektive. Häufig ist diese Perspektivlosigkeit gepaart mit Aussagen wie: „In den nächsten 15 Jahren wirst du eh nicht befördert – mach dir keine Gedanken.“ Solche Aussagen und die beschriebene Perspektivlosigkeit wirken selbstverständlich sehr demotivierend.

Insbesondere ist in der BP solchen Entwicklungen entgegenzuwirken – dort sind anteilig die Beschäftigten am jüngsten. Folglich ist darüber nachzudenken, ein Karriereverlaufsmodell zu entwickeln. Dadurch erhielten die Kolleginnen und Kollegen einen „Fahrplan“ für ihre Karrieren und Einblicke in ihre Perspektiven. Neue Möglichkeiten wie Hospitationen oder Ringtausch könnten zu weiteren Anreizen führen. Dadurch könnten die Beschäftigten einen besseren Einblick gewinnen im vielfältigen Tätigkeitsbereich der Polizei Bremen.

Jedoch ist auch zu prüfen, inwieweit eine Regelbeförderung in Bremen umsetzbar ist. Beispiele aus Hamburg zeigen, dass Regelbeförderungen den Vorteil haben, dass jeder Beschäftigte erfährt, wann eine Beförderung in Frage kommt. So weiß jeder, dass seine gegenwärtige Entwicklung in x Jahren eine Beförderung beinhaltet. Bei positiver Beeinflussung seiner eigenen Entwicklung könnte sich der Beförderungszeitraum entsprechend verkürzen. Gegenwärtig weiß niemand, wann für ihn eine Beförderung möglich wird.

Können Karriereverlaufsmodelle ein Ansatz sein?

Die angesprochene Eigeninitiative erfordert jedoch, dass die Qualifikationen für alle Stellen transparent dargestellt werden. Wenn jemand an einer Stelle interessiert ist, sollte er explizit wissen, mit welchen etwaigen Fortbildungsmaßnahmen er sich vorbereiten kann.

Solch ein Karriereverlaufsmodell, welches mit „Stellenführerscheinen“ gekoppelt ist, und eine zielgerichtete Fortbildung können – wie die altersgerechte Verwendung – dazu beitragen, dass die

Polizei Bremen sich weiter zu einer „lernenden Organisation“ entwickelt.

Die BP versucht mit der Durchführung des „Praktikums4“ (P4) die Auszubildenden gezielter auf ihre bevorstehende Tätigkeit vorzubereiten. In Absprache mit der HfÖV ist es nach anfänglichen Schwierigkeiten gelungen, mit dem P4 eine weiterführende Ausbildung mit hohem Standard zu kreieren. In dieser Ausbildung werden unter anderem „Realszenarien“ trainiert, die dem kommenden Dienst in der BP sehr nahe kommen; die Auszubildenden können sich besser auf die Situationen einstellen und fühlen sich nicht „ins kalte Wasser geworfen“. Daneben beinhaltet dieser Ausbildungsteil aber auch den Echteinsatz orientiert am jeweiligen Ausbildungsstand.

Aufgrund des Beamtenstatus auf Widerruf ist der Versorgungsschutz der Auszubildenden im Falle einer Dienst- oder Berufsunfähigkeit sehr gering. Dazu ist es unabdingbar, den Versorgungsschutz der Auszubildenden nachhaltig zu verbessern.

Dazu bietet die GdP ihren Mitgliedern bereits entsprechende Möglichkeiten an, sich besser abzusichern. Jedoch sind solche Versicherungen mit Zusatzkosten verbunden. An dieser Stelle müsste die Politik den Auszubildenden eine größere Unterstützung zusichern. Anstatt den Berufsanfängern diese zu gewähren – insbesondere für den Extremfall der Dienst- und Berufsunfähigkeit – ist beabsichtigt, das Grundeinkommen zu kürzen und den Eigenanteil zur Freien Heilfürsorge zu erhöhen. Hier könnte die Politik mit wenigen Mitteln einen wichtigen Beitrag für eine bessere Absicherung der Berufseinsteiger erreichen und bei den etwaigen Versicherungen während der Ausbildungszeit Zusatzleistungen einräumen.

Überstunden – kein Ende in Sicht

Die Forderung der Politik, die Überstunden abzubauen, erscheint fragwürdig. Sicherlich steht die Polizei in der Verantwortung, den Überstundenberg zu reduzieren. In der BP ist der Abbau der Überstunden sehr schwierig. Aufgrund unserer Eventgesellschaft nehmen die polizeilich zu begleitenden Veranstaltungen stetig zu. Weiter noch sind die Stärken der Einsatzzüge stark dezimiert. In der Folge werden keine Züge mehr angefordert, sondern vielfach sind „Köpfe“ gefragt. Dem kann die BP nur dann nachkommen, wenn ein weiterer Zug eingesetzt wird. Dieser steht aber oftmals im verdienten Dienstfrei.

Trotz dieser Belastungen versucht die Polizei, der Forderung nach dem Überstundenabbau gerecht zu werden. Die kürzlich verabschiedete Dienstvereinbarung ist auch sinnvoll – aber nur dann, sofern mit vereinzelt Kollegen und Kolleginnen einvernehmliche Vereinbarungen getroffen werden, die Überstunden in einem adäquaten Zeitraum abzubauen. Sie sollte nicht dazu dienen, die Betroffenen an den Pranger zu stellen. Die Kolleginnen und Kollegen sollten nicht vermittelt bekommen, dass ihr dienstliches Engagement falsch ist.

Verpflichtungen gegenüber Ländern und Bund sind einzuhalten

In der BP werden trotz aller Anstrengungen zum Abbau die Maßnahmen wahrscheinlich nicht den gewünschten Erfolg haben: Aufgrund der zahlreichen, oftmals länderübergreifenden Einsätze ist auch die BP Bremen gefordert, zumindest annähernd die vorgegebenen Stärken zu erfüllen.

Danach umfasst unter anderem eine Einsatzhundertschaft (EHu) 123 Polizeivollzugsbeamte (PVB). Folglich sind gemeldete Stärken einer EHu von 80 bis 90 PVB gegenüber den Ländern und dem Bund nicht vertretbar. Nach dem Verwaltungsabkommen zwischen den Ländern mit dem Bund verpflichten sich die jeweiligen Länder, sich gegenseitig im Bedarfsfall angemessen zu unterstützen. Als Gegenleistung stattet der Bund gemäß der ausgewiesenen Stärke die Bereitschaftspolizeien mit Führungs- und Einsatzmitteln aus.

Im Umkehrschluss ist demnach festzustellen, dass die BP Bremen jeden Kollegen benötigt, um erstens der länderübergreifenden Verpflichtung nachzukommen und zweitens die Funktionsfähigkeit der EHu zu erhalten. Daher ist ein Abbau der Überstunden nur mit einer entsprechenden Ausgleichszahlung umsetzbar. Demgemäß stehen nicht nur die Kolleginnen und Kollegen sowie die Polizei Bremen in der Verantwortung, den Stundenberg abzutragen, sondern ebenfalls die Politik.

Zusammengefasst ist eher zu behaupten, dass die Kolleginnen und Kollegen aufgrund ihres Einsatzengagements ihre Hausaufgaben gemacht haben – sogar mit Sternchenvermerk; die Führungskräfte haben sie hingegen vereinzelt vergessen, aber die Nachhilfe sollte die Politik bekommen.

Jens Bley
Vorsitzender FG BePo



Dank an Jörg Kempers!



Jörg Kempers (li.) bekam für seine Vorstandsarbeit ein Präsent seiner Kollegen von Bernd Hinrichs überreicht.

Im Rahmen des von ihm geleiteten Fachgruppen-Seminars der FG Zentrale Dienste (FG ZD) wurde der Kollege Jörg Kempers am letzten Veranstaltungstag unter Applaus mit Blumen und Präsenten bedacht. Stellvertretend für die Seminar-Teilnehmer sowie für die gesamte Fachgruppe überreichte sein Stellvertreter Bernd Hinrichs die symbolische Anerkennung und sprach von einer „hohen Wertschätzung seiner Person“, die zu jeder Zeit menschlich wie gewerkschaftlich überzeugt habe.

Jörg Kempers, der dienstlich im Lagezentrum (ZES 10) tätig ist, war über vier Jahre 1. Vorsitzender der FG Zentrale Dienste und wirkte zudem lange Jahre in der Beamtenrechtskommission mit. Auch der Landesvorsitzende Horst Göbel sowie Axel Kniefs dankten ihm im Namen des gesamten GdP-Landesbezirks für seine vorbildliche und engagierte Arbeit.

Die Leitung der Fachgruppe wird bis zur nächsten Wahl der 2. Vorsitzende Bernd Hinrichs übernehmen. Sein Ziel ist es, die Arbeit der Fachgruppe mit Kontinuität und Nachhaltigkeit weiter nach vorne zu bringen.

Vorstand
FG Zentrale Dienste

FACHGRUPPE SCHUTZPOLIZEI

Die guten Vorsätze oder Dienstsport im Einsatzdienst

„Innerhalb der Dienstzeit können Polizeivollzugsbeamte maximal vier Stunden Sport im Monat ausüben, wenn dienstliche Gründe dem nicht entgegenstehen.“

So steht es in der Dienstanweisung über den Dienstsport für die Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten in der Polizei Bremen.

Dies bedeutet, dass man im Idealfall eine Stunde Sport pro Woche innerhalb der Dienstzeit machen könnte. Die Umsetzung dieser großzügigen Möglichkeit gestaltet sich für die Kolleginnen und Kollegen im Einsatzdienst leider schwierig, da durch Krankheit, Urlaub, Kur und Elternzeit die Mindeststärke schnell erreicht oder gar unterschritten wird. An Sport ist dann nicht mehr zu denken.

Obwohl bei Weitem nicht jeder Kollege im Einsatzdienst das Dienstsportangebot wahrnehmen möchte, müssen diejenigen, die ihre vier Stunden Sport im Dienst treiben möchten, oftmals darauf verzichten. Wer flexibel ist, kann schon mal im Nachtdienst unter der Woche eine Runde laufen gehen oder die polizeieigenen Krafträume aufsuchen. Mehr Möglichkeiten bieten sich zu dieser Zeit nicht, da sich die meisten Sportangebote logischerweise auf die Tageszeit beschränken.

Dass der Wechselschichtdienst sich negativ auf die Gesundheit auswirkt, ist wissenschaftlich erwiesen. Umso bedauerlicher ist es, dass diejenigen, deren Gesundheit also betroffen ist, den Dienstsport nicht in vollem Maße ausschöpfen können; heißt es doch auch in der Dienstvereinbarung für den Gesundheits- und Präventionssport (GPS) in der Polizei Bremen:

„Ärzte und Sportwissenschaftler erkennen in einem Mehr an Bewegung das ‚Medikament des Jahrhunderts‘.“

Wer als ESDler also den guten Vorsatz für das neue Jahr 2012 gefasst hat, Sport zu treiben, muss dieses wahrscheinlich weiterhin nahezu ausschließlich in seiner Freizeit tun. Diese Freizeit ist aber nicht nur für die persönliche Gesundheit gut investiert, der nächste Nachweis der körperlichen Leistungsfähigkeit kommt bestimmt (sofern man nicht unter die Ausnahmeregelungen fällt).

Es wäre wünschenswert für ESDler, zumindest vier Stunden Sport pro Monat, die in der Freizeit betrieben wurden, als Dienstsport analog der GPS-Regelung anzurechnen.

Christina Biese
Fachgruppe Schutzpolizei



Christina Biese

Altersgerechte Personalsteuerung, aber wie?

Nun ist die Katze aus dem Sack. Der Senat hat am 6. 12. 2011 beschlossen, dass alle Polizeibeamten bis zum 62. Lebensjahr ihren Dienst versehen müssen. Es wird auch keine besondere Altersgrenze für Schichtdienstleistende geben. Lediglich die Feuerwehr darf weiter mit 60 Lebensjahren in den wohl-

Die folgenden Kernaussagen gab er zum Stand des Projektes an:

Im ersten Quartal 2012 soll das Umsetzungskonzept vorliegen. Dieses soll beinhalten, dass die betroffenen KollegInnen ab etwa 43 Lebensjahren ein persönliches Beratungsgespräch bei ihrem direkten Vorgesetzten erhalten. Eine über-

greifende Beratung soll durch die Direktion FP erfolgen.

Mit Beginn des 2. Quartals sollen die o. a. Gespräche stattfinden. Entscheidend ist hier aber auch die Freiwilligkeit der KollegInnen.

Des Weiteren denkt man an Übergangsregelungen mit einer sinnvollen Stichtagsregelung nach, dass lebensältere KollegInnen noch mit 60 Lebensjahren in den Ruhestand gehen können.

Anmerkung der Fachgruppe:

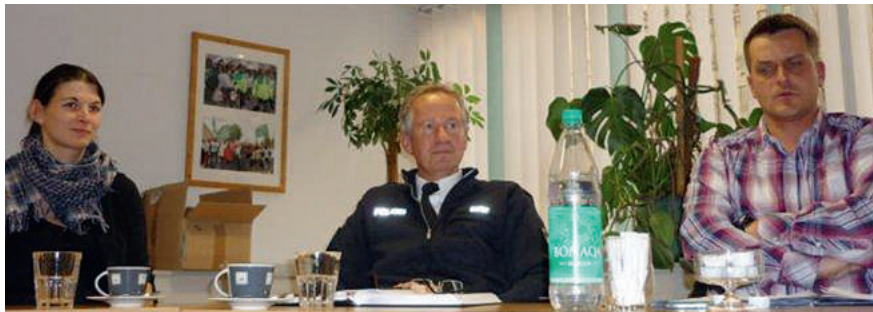
Aufgrund ihres Dienstgrades können sich die meisten KollegInnen noch nicht mal mehr auf KOP-Stellen bewerben. Diese Fachkarrierestellen werden nun von Führungskräften besetzt, die aus dem Schichtdienst heraus wollen oder müssen. Wer kann es ihnen verübeln. Aber die „armen Schweine“ sind nun mal diejenigen, die rund um die Uhr den Bürger beschützen und keine Führungskarriere anstreben. Aber nur mit „Häuptlingen“ geht es nicht. Daher fordern wir als Fachgruppe Schutzpolizei entsprechende Stellen innerhalb einer Fachkarriere, die nicht von Führungskräften besetzt werden. Die Bewertung dieser Sachbearbeiter in der Schutzpolizei muss ebenfalls von allen Beteiligten überdacht werden. Aber dazu kommen wir noch. Versprochen!

Gerechtigkeit geht anders!

Über die weiteren Schritte und Ergebnisse werden wir euch sofort informieren.

Nils Winter

Fachgruppe Schutzpolizei

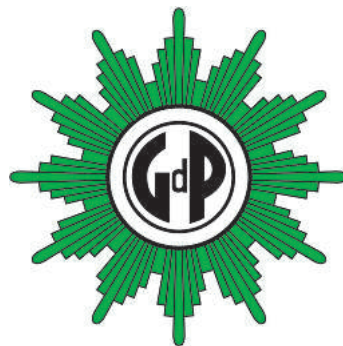


Der stellvertretende Polizeipräsident Lutz Müller zu Gast beim Vorstand der Fachgruppe Schutzpolizei.

verdienten Ruhestand gehen, da sie ja auch mit schwerem Atemschutz in brennende Häuser gehen. Nun gut, wir müssten uns dann mit über 60 Lebensjahren noch mit gewaltbereiten Jugendlichen und Heranwachsenden prügeln, und das zu jeder Tages- und Nachtzeit. Da Herr Mäurer dieses aber nicht möchte, muss schnellstens die altersgerechte Personalsteuerung her. Aber wie soll das gehen?

Wir als Fachgruppe Schutzpolizei haben bereits mit unserem Fragebogen (wurde vor einem halben Jahr veröffentlicht) auf die alarmierenden Signale hingewiesen. Umso schlimmer ist es, dass die verantwortlichen Personen die Auswertung des Fragebogens nur zur Kenntnis genommen haben. Wohin mit den älteren KollegInnen, die jahrelang als „Schutzmann/Schutzfrau“ rund um die Uhr ihren Dienst versehen haben. Sie verrichten nicht nur die schwerste und gefährlichste Arbeit, sondern werden auch noch am schlechtesten bezahlt (Zitat von Prof. Pfeiffer, Leiter der KfN-Studie).

Da der aktuelle Entwicklungsstand des Projekts „Altersgerechte Personalsteuerung“ gerade für die vielen Schichtdienstleistenden enorm wichtig ist, haben wir den Polizeivizepräsidenten Lutz Müller zu einem Gespräch eingeladen. Er sagte uns umgehend zu und kam am 7. 12. 2011, einen Tag nach der Personalversammlung, zur Fachgruppe in die Geschäftsstelle der GdP.



Aufmunterung für Holger Witt

Liebe Kollegen,

es scheint vielleicht unüblich zu sein, aber ich muss einfach ein paar Zeilen loswerden für einen lieben Kollegen, der sich immer für uns eingesetzt hat. Dieser Kollege heißt **Holger Witt** und ist Mitglied des Personalrates der Polizei Bremen. Holger ist schwer erkrankt, lässt es sich aber trotzdem nicht nehmen, sich für uns Kollegen einzusetzen. D. h., er gibt sogar von zuhause aus Ratschläge an diejenigen, die dienstliche Probleme haben, um ihnen dann entsprechend zur Seite zu stehen. Ein derartiges Engagement muss man besonders erwähnen, denn derartige Hilfestellungen kommen heutzutage nur selten vor.

Ich möchte Holger von dieser Stelle aus herzlich danken. Wir alle hoffen, dass er seine Krankheit besiegt und wieder zu uns zurückkehren kann. Die Kollegen brauchen Leute seines Schlages, die sich dann einsetzen, wenn es erforderlich ist.

Harald Rabe

S 50 ESD Mitte/West



Reinhold Schumacher 75 Jahre in der Gewerkschaft



Die Jubilarehrungen der im Ruhestand befindlichen Kolleginnen und Kollegen fand im Rahmen der Weihnachtsfeier der Senioren statt.

Die GdP ehrte am 2. 12. 2011 auf der Weihnachtsfeier der Senioren alle diesjährigen bereits im Ruhestand befindlichen Jubilare.

Die Ehrung wurde vom Landesvorsitzenden der GdP, Horst Göbel, dem Fachgruppenvorsitzenden der Senioren, Wolfgang Karzenburg, und dem zuständigen GLV-Mitglied Dierk Stahl vorgenommen.

Ein besonderer Dank gilt Reinhold Schumacher, den wir für 75 Jahre Gewerkschaftszugehörigkeit ehren durften.

Auf 60 Jahre Mitgliedschaft können zurückblicken:

Siegfried Binsau, Egon Boczek, Wolfgang Kühnert, Henry Meyer, Alfred Roethel und Horst Schwartje.

Für 50-jährige Mitgliedschaft wurden geehrt:

Hans-Jürgen Gohr, Anneliese Gro-mann, Dieter Lembke, Jörg Lohmann, Peter Meier, Dierk Paulsen und Wolfgang Wegner.

40 Jahre Mitglied in der Gewerkschaft sind:

Rolf Donner, Peter Drewes, Uwe John, Renate Kording, Bettina Lucht, Jürgen Möller, Gerhard Müller, Hans Petersen, Libuse Pohl, Arnold Ralle, Ru-

dolf Schneider, Ulrich Tetzlaff und Uwe Waldbach.

Geehrt wurden für 25 Jahre:

Rainer Gebert, Klaus Kuhlmann, Ulrike Martin und Hildegard Schnaars.

Wir gratulieren allen Jubilaren und wünschen ihnen für ihre Zukunft vor allem Gesundheit und Zufriedenheit!

Anne Wohlers

FACHGRUPPE SENIOREN BREMERHAVEN

Anmelden zur Kohltour 2012

Auch 2012 wollen wir wieder dem Kohl hinterherjagen und planen deshalb schon im Januar eine hoffentlich erfolgreiche Kohljagd unter dem Motto: „Wir lassen uns nicht verkohlen“. Als Termine sind vorgemerkt: Samstag, 21. 1., oder alternativ Samstag, 28. 1. 2012, je nach Resonanz.

Diesmal endet die Tour in einer Gaststätte mit rustikalem Ambiente und äußerst moderatem Preis von 11,90 € für Kohl satt mit einem Absacker, so ausgewählt, dass wir Pensionäre mit unserer bescheidenen Pension uns dieses kleine Vergnügen auch leisten können.

Start der Tour wird noch zeitgerecht bekanntgegeben. Am Ziel sollten wir gegen 13.00 Uhr sein.

Anmeldungen mit Wunschtermin auf der 1. Sitzung im neuen Jahr, am Dienstag, dem 10. 1. 2012.

Wer es aber gar nicht aushalten kann, könnte sich schon bei mir unter der Telefonnummer: 04 71/8 76 54, auch auf AB, anmelden.

Wolfgang Stanger

